

## **Beantwortung der Wahlprüfsteine der GEW SH**

---

### **1. Wir haben immer noch keine Bildungsgerechtigkeit erreicht. Die GEW setzt sich für eine Schule für alle ein. Wie wollen Sie für mehr Bildungsgerechtigkeit sorgen?**

Das Thema Bildungsgerechtigkeit steht für uns GRÜNE weiterhin im Fokus. Noch immer bestimmt die soziale Herkunft in erheblichem Umfang über Bildungsabschluss und die Chancen im weiteren Leben.

Zur Unterstützung von Schulen, die sich in einem besonders herausfordernden sozialen Umfeld befinden, haben wir 2019 das PerspektivSchul-Programm initiiert. Dieses Programm wollen wir in der nächsten Legislaturperiode ausbauen und stärken. Wir werden uns für die Entwicklung eines regelmäßig zu aktualisierenden Sozialindex einsetzen, um die Mittel bedarfsgerecht auf die Schulen zu verteilen. Auch aus dem Startchancen-Programm des Bundes erhoffen wir uns weiteren Rückenwind.

Ein zweiter wichtiger Baustein für mehr Bildungsgerechtigkeit sind für uns gute Ganztagsangebote.

### **2. Das Kita-Gesetz sieht Verfügungszeiten für pädagogische Fachkräfte in Höhe von 7,8 Stunden je Woche und Gruppe vor. Das reicht hinten und vorne nicht. Das Gesetz führt zudem sogar mancherorts zu Kürzungen bei Verfügungszeiten. Werden sie die Verfügungszeiten erhöhen? Wie wollen Sie verhindern, dass ungenügende Mindestregelungen zum landesweiten Standard werden?**

Ja, wir werden die Verfügungszeiten weiter erhöhen und haben das auch in unserem Wahlprogramm festgehalten. Wir können dem Fachkräftemangel in den Kitas nur begegnen, wenn wir bessere Arbeitsbedingungen schaffen. Dass Mindeststandards an manchen Orten zum Standard erklärt werden, bedauern wir sehr. Dies ist allerdings kommunale Hoheit.

### **3. Die Rahmenbedingungen in den Schulen haben sich verändert. Der Anteil der außerunterrichtlichen Tätigkeiten von Lehrkräften ist ohne Ausgleich massiv gestiegen. Die GEW fordert eine Pflichtstundenreduzierung für alle Schularten und einen gesonderten Pool für Ausgleichsstunden. Wie stehen Sie dazu? Welche konkreten Maßnahmen zur Entlastung von Lehrkräften werden Sie in Angriff nehmen?**

Vor dem Hintergrund des sich abzeichnenden Lehrkräftemangels und der begrenzten finanziellen Ressourcen des Landes sehen wir keinen Spielraum für eine allgemeine Pflichtstundenreduzierung.

Wir sehen aber, dass es außerunterrichtliche Aufgaben gibt, die ohne zeitlichen Ausgleich kaum zu wuppen sind. Deshalb wollen wir GRÜNE die Anzahl der Poolstunden erhöhen, um den Schulen mehr Spielraum für die angemessene Entlastung von Lehrkräften mit besonderen Aufgaben zu geben.

Für einzelne, klar definierte und befristete Aufgaben wollen wir außerdem im Besoldungsrecht die Möglichkeit von Leistungszuschlägen schaffen.

Nachjustierungsbedarf sehen wir auch bei der Leitungszeit, die wir anforderungsorientiert erhöhen wollen. Außerdem wollen wir den Schulen zusätzliche Verwaltungskräfte zur Verfügung stellen, um Lehrkräfte und Schulleitung bei Verwaltungsaufgaben zu entlasten.

**4. Schleswig-Holstein liegt bei der Inklusion im Bundesvergleich weit vorne. In der Umsetzung fehlt Regelschullehrkräften, Schüler\*innen und Eltern die Unterstützung und die sonderpädagogische Förderung. Wie wollen Sie die Arbeit multiprofessioneller Teams stärken? Werden sie die Arbeit multiprofessioneller Teams durch Kooperationszeiten stärken?**

Wir teilen den Ansatz, dass es multiprofessioneller Teams bedarf, damit Kinder und Jugendliche in immer heterogener werdenden Schulklassen und Lerngruppen bestmöglich und individuell gefördert werden können. Insgesamt wollen wir die Zusammenarbeit in den multiprofessionellen Teams stärken und weiterentwickeln. Dazu gehört auch eine Poollösung bei der Schulbegleitung. Auf diese Weise können mehr Schüler\*innen profitieren und wir ermöglichen eine Verbesserung der Beschäftigungsverhältnisse zugunsten von Kontinuität und Professionalisierung der Schulbegleitungen. Die konkrete Umsetzung wollen wir gemeinsam mit den Akteur\*innen ausarbeiten.

**5. In der Verpflichtungserklärung zum Zukunftspakt "Studium und Lehre stärken" des Landes Schleswig-Holstein hat sich dieses der Erhöhung des Anteils des entfristeten wissenschaftlichen Personals auf 40% bis 2027 selbst verpflichtet. Welche Maßnahmen planen Sie zum Erreichen dieses Ziels?**

Die Erhöhung der Entfristungsquote war ein grüner Erfolg im parlamentarischen Verfahren. In der Umsetzung des Zukunftspakt „Studium und Lehre stärken“ und den darin vereinbarten Maßnahmen sehen wir in erste Linie die Hochschulen in der Verantwortung. Zumal die Maßnahmen des Zukunftspakts mit finanziellen Mitteln hinterlegt ist. Seitdem wir Grüne 2012 in die Regierung eingetreten sind, haben wir außerdem die finanzielle Lage der Hochschulen zuverlässig und beständig verbessert. Auch in den letzten Jahren haben wir die Grundfinanzierung deutlich gestärkt. Diesen Kurs wollen wir fortsetzen. Für uns steht fest: Daueraufgaben müssen von Dauerstellen erledigt werden. Wo das noch nicht umgesetzt wird, wollen wir gemeinsam mit den Statusgruppen eine Umsetzung durchsetzen.

**6. Der Lehrkräftemangel nimmt stetig zu und führt zunehmend zu ungleichen Lernbedingungen im Land. Wie wollen Sie dem Lehrkräftemangel in den Schulen (auch kurzfristig) begegnen?**

Bis 2030 werden wir rund 3.000 zusätzliche Lehrkräfte insbesondere an den Grund- und Gemeinschaftsschulen, an den berufsbildenden Schulen und im Bereich der Sonderpädagogik benötigen. Als Jamaika-Koalition haben wir bereits gegengesteuert: Wir haben unter anderem A13 für die Lehrkräfte an Grundschulen eingeführt, zahlen angehenden Lehrkräften im Vorbereitungsdienst eine Zulage in Höhe von 250 Euro, wenn sie in unterversorgte Regionen gehen, und wir haben die Zugangshürden u.a. für ausländische Lehrkräfte gesenkt. Mit der „Allianz für Lehrkräftebildung“ haben wir als Land alle Hochschulen an einen Tisch geholt, um zu besprechen, an welchen

Standorten bedarfsgerecht zusätzliche Studienplätze entstehen können. Gleichzeitig wollen wir auch Vertretungslehrkräfte qualifizieren, um ihnen die Möglichkeit zu geben, über fünf Jahre hinaus an einer Schule tätig zu sein.

**7. Kitas leider unter einem enormen Fachkräftemangel. Aus Sicht der GEW darf der Fachkräftemangel aber nicht zu einer Absenkung des Ausbildungsniveaus der Erzieher\*innen führen. Wie wollen sie den Fachkräftemangel im Kita-Bereich angehen? Wie werden Sie dafür sorgen, dass die Berufe in der frühkindlichen Bildung attraktiver werden?**

Auch wir wollen keine Absenkung des Ausbildungsniveaus und sehen daher einen Wechsel zu einer dualen Ausbildung der Erzieher\*innen kritisch. Der Fachkräftemangel kann aus unserer Sicht nur durch einen Strauß von Maßnahmen angegangen werden. Da steht an erster Stelle die Verbesserung der Arbeitsbedingungen, um die bisher sehr geringe Verweildauer im Betrieb zu erhöhen. Dazu gehören mehr Verfügungsstunden, Entlastung bei der Ausbildung, Leitungsfreistellungen, Qualitätsmanagement, Fortbildungs- und Aufstiegsmöglichkeiten, aber auch kleinere Gruppen und arbeitsfreundliche Räumlichkeiten. In der Ausbildung müssen weiterhin Quereinstiegsmöglichkeiten geschaffen werden, damit allen Menschen der Weg in die pädagogischen Berufe offensteht.

**8. Die GEW hielt die Einführung des SHIBB für wenig zielführend und die Überführung ins Wirtschaftsministerium für inakzeptabel. Wie soll es aus Ihrer Sicht mit dem SHIBB weitergehen?**

Sämtliche Prozesse der Ausgestaltung vom Übergang Schule und Beruf, der Vergleichbarkeit von Schulabschlüssen allgemein- und berufsbildender Schulen, der beruflichen Orientierung, der Vergleichbarkeit von Personalentwicklung und Lehrkräftebildung wollen wir unter einem Dach zusammenführen. Wir wollen das SHIBB deshalb – wie ursprünglich geplant – dem Bildungsministerium zuordnen.